

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

29.4.1913 (No. 116)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 116

Dienstag, den 29. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Ratz Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
aufschlag Nr. 951, 952, 953, 954), woselbst auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für die Monate**

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben sich unter dem 7. April 1913 gnädigst bewogen
gefunden, den Mitgliedern des Gesamtkirchengemeinde-
rats Nichtenau Landwirt Martin Hünzel III in Helm-
lingen und Landwirt Michael Ludwig III in Grauelsbaum
die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 24. April 1913 wurde Eisenbahnassistent
Friedrich Häfner in Königshofen (Baden) zum Eisen-
bahnsekretär ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 28. April.

* Die Balkankrise.

Paris, 27. April. Es heißt, daß von der französischen Re-
gierung für die internationale Finanzkonferenz aufgestellte
Programm enthalte vier Punkte. Der erste betreffe den von
den Balkanverbänden zu übernehmenden Anteil an der tür-
kischen Staatsschuld, der zweite die Bürgschaften für die Gläu-
biger der Türkei, falls dieser Anteil nicht unverzüglich bar
ausbezahlt werde, der dritte die von der Türkei in den von den
Alliierten annektierten Gebieten bewilligten Konzeptionen und
der vierte die Geldforderungen der Balkanstaaten.

Wien, 27. April. Das heutige „Fremdenblatt“ schreibt zur
Stuturfrage: Eine wirkliche Vereinigung dieser so heißen
Frage und der mit ihr zusammenhängenden Eventualitäten
wird jedoch bei uns wohl erst dann eintreten, wenn es nicht
bei der platonischen Bekräftigung der einseitigen Anschauun-
gen und der einseitigen Absichten bleibt, wenn vielmehr der
gute Wille ohne Verzug auch in Taten umgesetzt werden wird.
In dieser Richtung muß es aber einen schlechten Eindruck
machen, wenn im Auslande an manchen Stellen heute noch
immer von Kompensationen gesprochen wird, die man Montene-
gro für seine militärischen Erfolge zubilligen wollte oder
konnte, Erfolge, die vom europäischen Standpunkt aus
nichts weiter bedeuten können, als einen neuen Schlag gegen
das Ansehen der Großmächte und gegen das einige Europa.
Es ist zweifellos, und keine Sophismen können über die be-
schämende Tatsache hinweghelfen, daß in der Stuturfrage das
Preitige Europas in doppelter Hinsicht gelitten hat, nach der
politischen wie nach der militärischen Seite. Nach der politi-
schen infomeren, als die Mächte schon vor vier Wochen in der
Frage der Zugehörigkeit Stuturis entschieden haben, und
dieser Beschluß auch heute noch nicht durchgeführt ist, in mili-
tärlicher Beziehung dadurch, daß die internationale Flotten-
demonstration nicht im Geringsten die Fortsetzung der We-
lagerung zu beheben, oder den Fall der Stadt zu hindern ver-
mochte. Wenn den Mächten diese Verletzung des politischen
und militärischen Preitiges, dieser Effekt einer militärischen
und politischen Aktion, gleichgültig sein sollte, so kann ihnen
Österreich-Ungarn auf diesem Wege nicht folgen und wird mit
allem Nachdruck darauf bestehen müssen, daß schleunigst und
gründlich Remede geschaffen wird. Das Minimum, worauf
Österreich-Ungarn nach den bisherigen mißlichen Erfahrungen
in dieser Frage rechnen muß, bestand in der sofortigen Aus-
führung des von allen Mächten bereits beschlossenen Protokolls
in Geinje in Form einer energischen Aufforderung zur un-
verzüglichen Räumung Stuturis und im Falle der Weigerung
des Königs von Montenegro, dieser Aufforderung Folge zu
leisten, in einem weiteren militärischen Unternehmen zur
zwangswise Durchführung des europäischen Willens. Ein
Zurückbleiben Europas hinter diesem Minimum würde in
Österreich mit Recht Gefühl der Unzufriedenheit, ja der Er-
bitterung auslösen, was zu verhindern nach unserer Auf-
fassung gewiß auch im europäischen Interesse liege.

Politische Übersicht.

* Zum Fall von Lunéville

Schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Ausgabe vom
Samstag abend: Der Fall Lunéville will in der öffent-
lichen Meinung nicht zur Ruhe kommen. Wir wollen des-
halb die Sachlage noch einmal klarlegen. Nachdem die
französische Regierung von der Landung des Zeppelin-
schen Luftschiffes in Lunéville Kenntnis erhalten hatte, hat
sie alsbald die erforderlichen Anordnungen zur Regelung
der Angelegenheit getroffen. General Firschner ist zur
Untersuchung des Tatbestandes an Ort und Stelle ge-

sandt und das Luftschiff, wie bekannt, innerhalb 24 Stun-
den freigegeben worden. Der französischen Regierung
hätte sehr wohl das Recht zugestanden, ein längeres Un-
tersuchungsverfahren — eventuell wegen Spionagever-
dachts — einzuleiten und das Schiff wie seine Besatzung
festzuhalten. Sie hat dies nicht getan, sondern durch
schnelle Freigabe des Schiffes den Zwischenfall beizulegen
gejucht. Für diese prompte und entgegenkommende Er-
ledigung der Angelegenheit ist der französische Regie-
rung gedankt worden. Später sind dem Auswärtigen Amt
Klagen über unfreundliches Verhalten der Bevölkerung
sowie einen nicht ausreichenden Schutz der lokalen Behör-
den bekannt geworden. Diese Klagen sind zum Gegen-
stand freundschaftlicher Besprechungen mit der französi-
schen Regierung gemacht worden. Der französische Mi-
nister des Außern hat unserm Botschafter dargelegt, daß
der Maire — dem in Frankreich die Polizei zusteht —
ebenso wie die andern Behörden ihr möglichstes zum
Schutz der Deutschen getan hätten, und daß auch die Be-
förderung der Telegramme der Luftschiffer keine Ver-
spätung erlitten hätte. Falls etwa eine Verzögerung der
Erlaubnis zum Telegraphieren vorgekommen, sei sie je-
denfalls nicht von zuständiger Stelle verursacht worden. Es
sei auch zu beachten, daß Behörden wie Bevölkerung sich
einem ganz ungewöhnlich überraschenden Ereignis —
mit nicht ganz unverständigen Begleiterscheinungen —
gegenüber befunden haben. Jedenfalls können die Anzu-
tragslichkeiten, die stattgefunden haben mögen, gegenüber
dem Entgegenkommen der Regierung und der schnellen
Erledigung der Angelegenheit nicht ins Gewicht fallen.

Graf Zeppelin, der gestern auf dem Auswärtigen Amt
vorgeprochen hat, hat seinerseits erklärt, daß er die
Angelegenheit als völlig erledigt betrachte. — Von
einigen Blättern ist ferner die Beförderung des Unter-
präkten von Lunéville zum Präkten eines anderen
Governements kommentiert worden. Die Ernennung
von Beamten ist eine interne Angelegenheit des betref-
fenden Staates. Zudem hat der französische Minister des
Außern in einer freundschaftlichen Aussprache dem Kai-
serlichen Botschafter gegenüber betont, daß die Ernen-
nung sicher nicht erfolgt wäre, wenn nicht gerade dieser
Beamte zu der raschen Abwicklung des Zwischenfalls be-
sonders beigetragen hätte. Derselbe hat sich auch bei dem
Zwischenfall von Arracourt ausgezeichnet. In Berichten
und Prektartikeln ist auch behauptet worden, das Luft-
schiff sei deutscher Grund und Boden. Dieser sei von den
Franzosen nicht respektiert worden, und deshalb hätte
die deutsche Regierung Vorstellungen erheben müssen.
Diese Auffassung entspricht nicht dem geltenden Recht.
Nach diesem sind die Normen, die das Seerecht für
Schiffe aufgestellt hat, auf Luftschiffe nicht anwendbar,
ganz abgesehen, daß in bezug auf Handelschiffe die
Norm, daß sie Grund und Boden des Heimatstaates sind,
während ihres Aufenthaltes in einem fremden Hafen
auch erhebliche Einschränkungen erleidet. Sodann ist
behauptet worden, das Betreten des Luftschiffs durch
Franzosen trotz des Protokolls des Schiffsführers sei als
Hausfriedensbruch aufzufassen. Auch dies trifft nicht zu,
da nach der bisherigen Rechtsentwicklung ein Luftschiff
eine bewegliche Sache ist, die als befriedetes Besitztum
nicht in Betracht kommt, und an der deshalb ein Haus-
friedensbruch nicht begangen werden konnte.

Behrvorlage und Sozialdemokratie.

* Auch in der Landtagswahlagitator der Sozialdemo-
kratie, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, spielt die
Behrvorlage eine große Rolle. Unbekümmert darum,
daß die Kosten der Heeresverfärfkung von den besitzenden
Klassen getragen werden sollen, zetern die sozialdemo-
kratischen Agitatoren über Schröpfung und Ausbeutung
des Volkes, über Schaffung fetter Posten und Verfor-
gungstellen für die besitzende Schicht und behaupten
frank und frei, daß bei der Deckung der laufenden Aus-
gaben die Besitzenden nicht selbst „in den Beutel greifen“,
sondern das arme Volk wieder mit indirekten Steuern
bedrücken würden, wogegen nur eine gewaltige Anzahl
sozialdemokratischer Stimmen bei den bevorstehenden
Wahlen als Menetekel werde Abhilfe schaffen können.
Entgegen den späteren Äußerungen sozialdemokratischer
Fraktionsredner im Reichstage erklärten schon die Ber-
liner Protestversammlungen, die vor einigen Wochen
stattfanden, auch die Milliarden-Abgabe — oder, wie sie

sich ausdrückten, „Vergendung“ — für eine schwere Schä-
digung der Arbeiterschaft und die Deckungsvorschläge der
Regierung für völlig unannehmbar. Diese Versamm-
lungen, in denen zum so und so vielen Male „das Volk
seiner flammenden Entrüstung Ausdruck geben“ sollte,
waren übrigens ein Musterbeispiel für die Hohlheit der
sozialdemokratischen Phrasologie, die bei solchen Gelegen-
heiten in Anwendung gebracht wird. „Das Tolle und
Tollste des Rüstungswahnsinns“, „Perfide Pläne des
menschenmordenden Militarismus“, „Attentat auf das
deutsche Volk“, „Infame Absicht, Deutschland zu einer ein-
zigen großen Kaserne umzugestalten“, — das sind einige
der Schlagworte, die gebraucht wurden und in den Prekt-
artikeln und Wahlversammlungen der Sozialdemokratie
nachklingen. Wäre man an die Eigenart der sozialdemo-
kratischen Agitation nicht schon gewöhnt, so müßte man
staunen über die furchtbar einseitige und unsachliche Hehe,
über die öden Phrasen der radikalen Wortführer, die ohne
jegliche Rücksicht auf die Lage Deutschlands, auf die
Rüstungen unserer möglichen Gegner und die Gefahren,
den wir zu begegnen haben, selbst die revisionistisch ge-
sinnnten Elemente aus den eigenen Reihen nicht ver-
schonen. Von revisionistischer Seite ist gelegentlich her-
vorgehoben worden, daß auch die Arbeiter ein Interesse
an der Unabhängigkeit des Vaterlandes haben und des-
halb bereit sein müßten, den deutschen Boden mit den
Waffen in der Hand zu verteidigen. Das ist viel zu
wahr und vernünftig, um nicht den Tonangebern der
Partei wider den Strich zu gehen. „Wer einem Patrio-
tismus der Arbeiter das Wort redet — so schreibt das
Halleische „Volkblatt“ und gibt damit den Standpunkt
der meisten sozialdemokratischen Blätter und Volksredner
wieder —, befruchtet damit den geistigen Boden, aus dem
dem Moloch Militarismus immer wieder neue Kraft für
weitere Forderungen zuließt. Die Arbeiter haben kein
Vaterland, sagte schon das kommunistische Manifest. Der
Feind, der bekämpft und niedergeworfen werden muß,
wohnt nicht jenseits der Grenze; es ist die Bourgeoisie,
die herrschende Klasse des eigenen Landes.“ Die Sozial-
demokratie zieht mit dieser Auffassung in einer Re-
bensfrage des deutschen Volkes wieder einmal einen schar-
fen Strich zwischen sich und den bürgerlichen Parteien
aller Richtungen, und das Wesentliche für die Beurteil-
ung der Umsturzpartei ist ihre fanatische Gegner-
schaft gegen die Behrvorlage selbst, nicht ihre et-
waige Mitarbeiterschaft an einzelnen Deckungsplänen.
Alle bürgerlichen Parteien haben deshalb auch ein ge-
meinsames Interesse daran, es an Aufklärungsarbeit
gegenüber den sozialdemokratischen Phrasenhelden, die
mit nebelhafter Völkerberbrüderung und einer unzu-
länglich ausgebildeten Miliz die deutschen Gauen vor
allen Gefahren schützen zu können behaupten, nicht fehlen
zu lassen. Nicht oft und eindringlich genug kann dem
Volke gesagt werden, daß unsere starke Rüstung allein
es ist, die das Vaterland sicherstellt.

Ein neues sozialdemokratisches Gemeindeprogramm.

SRK, Darmstadt, 26. April.

Der sozialdemokratische Landesvorstand für Hessen hat
im Auftrag der Landeskonferenz ein neues Ge-
meindeprogramm ausgearbeitet, das in den üblichen un-
erreichbaren Forderungen gipfelt. Gleich der erste Satz
des Entwurfs beweist, wie wenig die sozialdemokratische
Partei in ihren Forderungen den gegebenen Verhält-
nissen Rechnung trägt. Sie „ist nämlich der Ansicht, daß
nur die Beseitigung der Klassenherrschaft auch die Orga-
nisation der Gemeinde vollenden und eine gemeindliche
Verwaltungstätigkeit ermöglichen wird, die die Wohl-
fahrt aller gleichmäßig fördert“. Nun besitzt Hessen ein
so freibürgerliches Gemeindevahlrecht, daß es möglich ge-
worden ist, daß in Offenbach und in einer Reihe von
großen und kleinen Landgemeinden sozialdemokratische
Mehrheiten vorhanden sind. Allerdings ist unter der so-
zialdemokratischen Herrschaft in Offenbach erreicht wor-
den, daß die Stadt, die an Schulden und Steuern reichste
im Lande ist und wo die Finanzlage es bedingt, werket
die Genossen ruhig ihre Grundzüge über Bord und stim-
men für indirekte Steuern. Die Sozialdemokraten for-
dern die Selbstverwaltung der Gemeinden (ist in weit-
gehendem Maße vorhanden), eine einheitliche Gemeinde-
verwaltung für alle Gemeinden des Landes (ist vorhanden,
den Verhältnissen angemessen für Städte und Land-

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der Geldlotterie zu Gunsten eines Soldatenheims in Mülhausen i. G.

gemeinden verschieden); ferner die Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf die Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde; Beseitigung der staatlichen Bestätigung für Gemeindebeamte, Befreiung der Verpflichtung, Gemeindegeld für kirchliche und religiöse Zwecke aufzuwenden (ohne Ablösung), Beseitigung des Zwanges, Gemeindebeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besetzen. Auch das alte Stedenpferd, daß alle über 20 Jahre alten Gemeindeangestellten beiderlei Geschlechtes wahlberechtigt sein sollen und keinerlei Beschränkungen durch Armenunterstützungen oder Steuerrückstände gelten sollen. Sehr hübsch ist auch die Bestimmung, daß der Gemeindebedarf „im wesentlichen“ durch nach oben steigende Zuschläge zur staatlichen Einkommen- und Vermögenssteuer gedeckt und die indirekten Steuern verboten werden sollen. Zu den unerfüllbaren Forderungen gehört auch die Übernahme aller Schul- und Armenlasten auf den Staat und das Reich. Ferner verlangt das an Volkenskultursheim erinnernde Programm die Weltlichkeit der Volksschule und sachmännische Schulaufsicht (beides ist vorhanden), die konfessionslose Einheitschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel (ist in den meisten Gemeinden durchgeführt). Der im Programm entworfen geforderte obligatorische Fortbildungsschulunterricht ist wenigstens für die Knaben schon vorhanden. Auch was der Entwurf an Forderungen über das Gesundheits- und Wohnungsweisen enthält, ist, soweit es überhaupt möglich ist, in Hessen schon längst eingeführt. Konsequenz, wie die Sozialdemokratie nun einmal ist, fordert sie zwar die Aufhebung aller indirekten Abgaben, aber in demselben Atemzug eine Umsatzsteuer beim Verkauf von Grundstücken. Was dann zur Förderung des Gesundheitswesens verlangt wird, ist alles, soweit es überhaupt vernünftig ist, schon längst durchgeführt, was neu ist, erinnert an das Land Utopien, ebenso sind die Forderungen zur kommunalen Sozialpolitik längst durchgeführt. Man findet in dem neuen Gemeindeprogramm ein Sammelsurium bereits durchgeführter oder unmöglicher Forderungen, ein Beweis dafür, mit wie wenig Verstand die Welt regiert würde, wenn die Sozialdemokratie an das Ruder gelangte.

* **Zum Regierungsjubiläum des Kaisers.** In der Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde der Beschluß gefaßt, aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers auf der rechten Rheinseite einen Park zu schaffen, für den der Name Kaiser Wilhelmpark in Aussicht genommen ist, ferner in den angebaute Teile der Altstadt Jugendspielplätze anzulegen, für beide Zwecke wurde ein Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

* **Zum Untergang des „S. 178“.** Das Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe sprach den Kapitänleutnant Löwe von dem großen Kreuzer „York“ von der Anklage, am Abend des 4. März durch Fahrlässigkeit den Zusammenstoß mit dem Torpedoboot „S. 178“ herbeigeführt zu haben, frei, da ihn keine Schuld treffe.

* **Keine Auskunftspflicht der Banken.** Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ schreibt: Aus § 44 Absatz 3 des Entwurfs des Gesetzes über den einmaligen außerordentlichen Mehrbeitrag scheint die irrtümliche Schlussfolgerung gezogen zu werden, daß den privaten Bankunternehmungen eine Auskunftspflicht den Veranlagungsbehörden gegenüber auferlegt werden soll. Dies ist keineswegs der Fall. Die erwähnte Vorschrift ist lediglich eine Ausnahme der Vorschrift des § 44 Absatz 1, wonach die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet sind, den Veranlagungsbehörden auf Ersuchen Auskunft über die Vermögensverhältnisse des Beitragspflichtigen zu erteilen.

* **In der Reform des Reichsbesoldungsgesetzes** soll nicht nur eine Aufbesserung der Bezüge der mittleren und Unterpöstbeamten, sondern auch der Deskoffiziere vorgehen sein.

* **Für die Reichstagsersatzwahl in Waldeck-Pyrmont** haben die Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont einstimmig Friedrich Kaumann als Reichstagskandidaten aufgestellt.

* **Antimilitaristische Agitation.** Bekanntlich hat die politische Polizei in Köln anlässlich der Verbreitung eines anarchistischen Flugblattes eine Anzahl Anarchisten in Köln wegen Vergehens gegen § 110 und 111 des Strafgesetzbuches festgenommen. Es haben anlässlich dieser Verbreitung eine ganze Anzahl Verhaftungen von Anarchisten in Rheinland und Westfalen stattgefunden, denen zahlreiche Hausdurchsuchungen vorangegangen waren. Diese haben ergeben, daß die anarchistische Agitation in Rheinland und Westfalen zurzeit sehr lebhaft ist. Es gibt eine anarchistische Föderation Hannover, die sich im Restaurant Feldmann trifft, einen Propagandaverein für Düsseldorf, der am Schwanenmarkt tagt. In Köln gibt es mehrere anarchistische Klubs, die in der Krone am Griechenmarkt zusammenkommen. Der kommunistische Volksverein für Krefeld entfaltet eine große Rührigkeit. Außerdem gibt es in Rheinland und Westfalen eine ganze Anzahl kleinerer Klubs, die gerne mit größerer Propaganda hervortreten möchten, wenn sie nur über genügend Mittel verfügten. Jedenfalls ist die anarchistische Agitation in Rheinland und Westfalen nicht zu unterschätzen.

* **Auskunftstelle für verabschiedete Offiziere.** Durch die Presse ging kürzlich eine Mitteilung über die beim Kriegsministerium in Berlin eingerichtete Auskunftstelle, die den verabschiedeten Offizieren bei der Wahl eines neuen Berufes mit Rat und Tat zur Seite stehen soll. Für die Offiziere der Kaiserl. Marine besteht, wie wir

hören, seit längerer Zeit eine ähnliche Einrichtung, die sich bewährt hat. Zentrale für Angebot und Nachfrage ist das Nachrichtenbureau des Reichsmarinemamts in Berlin W. 9, Leipzigerplatz 13. Nach Art eines Stellennachweises wird hier ohne gegenseitige Verbindlichkeit Angebot und Nachfrage zusammengeführt. Nach Möglichkeit wird dabei berücksichtigt die bisherige dienstliche Tätigkeit und der gerade beim Offizierkorps der Marine so verschiedenartige Bildungsgang (Artillerie, Torpedo, Funkentelegraphie, Technik usw.), ferner Sprachkenntnis, Aufenthalt im Auslande, kaufmännisches Geschick, Anpassungsfähigkeit und ähnliches.

* **Der Dampfer „Imperator“** traf am Samstag auf seiner Probefahrt wohlbehalten vor Helgoland ein, nachdem er auf See die Kompaße reguliert und ausgedehnte Maschinenmanöver vorgenommen hatte. Das Schiff bewährte sich tadellos und besitzt eine außerordentlich gute Steuerfähigkeit.

* **Kein Wechsel im Oberpräsidium von Hannover.** Gegenüber der Blättermeldung, daß Oberpräsident v. Wenzel zurücktreten und durch den Regierungspräsidenten von Cassel, Grafen v. Bernstorff, ersetzt werde, wird von zuständiger Seite erklärt, daß diese Kombinationen vollständig aus der Luft gegriffen seien.

* Ausland.

London, 26. April. Der Verein der auswärtigen Journalisten hielt dieser Tage ein Bankett zur Feier seines 25-jährigen Bestehens. Unter den Ehrengästen befanden sich Premierminister Asquith, der französische, der deutsche, der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter, ein Sekretär der russischen Botschaft, Botschaftsrat v. Kuhlmann, Frh. v. Geydt, namhafte Vertreter der englischen Presse und zahlreiche andere Gäste. Premierminister Asquith führte in einer Rede aus: „Auser mir sind die Botschafter der europäischen Großmächte Ihre Gäste. Wir haben heute nachmittag an einem Tisch gesessen, um das große Ziel der Versöhnung in gemeinsamer Beschlußfassung zu verfolgen, wobei Sie unter dem Vorsitz meines Kollegen Sir Edward Grey seit Monaten stark engagiert sind. Leicht und ungeduldige Kritiker sind schnell bei der Hand, darüber zu spotten, was sie „umständliche und zaudernde Methode des europäischen Kongresses“ nennen. Aber die Ergebnisse, die langsam und sicher erreicht wurden, sind meines Erachtens der Zeit, der Energie und des Taktes wohl wert, die so aufopfernd dem Ziele gewidmet worden sind. Die Großmächte, von den mehr als eine bei der Umwälzung des alten Regimes in der Türkei stark und direkt interessiert sind, haben gemeinsam für einen ehrenvollen Frieden gewirkt und so weit erfolgreich gewirkt. Ihre Vermittlung, ist, wie wir hoffen, heute wenigstens im Prinzip von den kriegführenden Parteien angenommen worden. Ich sage nicht, daß nicht schwierige Punkte aufzuheben sind und werden — ein solcher Punkt steht heute sehr augenfällig vor uns — Punkte, die auch heute noch dieselben Eigenschaften der Nachsicht, der Verständigung und Anpassung, der Bereitwilligkeit bedürfen, spezielle Interessen und Empfindlichkeiten einem beiderseitigen Ziele, der gemeinsamen Erzielung eines dauerhaften Friedens unterzuordnen, und ich denke, wir können ohne übertriebenen Optimismus hoffen, daß früher oder später oder lieber früher als später wir das Ziel erreichen werden, nach dem wir solange und mühevoll gestrebt haben. Der Premierminister schloß, indem er diese Methoden und diesen Geist den Vertretern der Presse zum Vorbild empfahl. Die Verhandlungen der Großmächte seien von einer gemeinsamen Absicht befeuert, die die eigenen und speziellen Interessen hintanzusetze. Aber in diesem demokratischen Zeitalter könnten die Verhandlungen die Führung nur behalten, wenn die Völker folgen wollen und niemand mehr als die Presse könne die Atmosphäre schaffen oder vernichten, in der internationales Wohlwollen gedeihen könne.

Lissabon, 27. April. Heute Nacht und am Vormittag fanden auf den Straßen Kundgebungen statt, angeblich um die bedrohte Republik zu verteidigen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. U. a. wurde der Hauptmann Lima Diaz vom 6. Infanterie-Regiment verhaftet. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden militärische Maßnahmen ergriffen. Ein anderer Bericht besagt: In früher Morgenstunde erschienen ungefähr 100 Demonstranten, Revolverbüchse abgehend und „Gott die rabulische Republik!“ rufend vor der Pionierkaserne und erklärten, in den Straßen befänden sich Mitglieder einer Verschwörung. Es sei daher nötig, die Republik zu verteidigen. Die Pionieroffiziere weigerten sich trotz der dringenden Aufforderung der Demonstranten, die Kaserne ohne höheren Befehl zu verlassen. Die Demonstranten begaben sich darauf in das Gelände der republikanischen Vereinigung, wo sie Waffen erhielten, einigen wurden Bomben übergeben. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Lissabon, 28. April. Es sind folgende Offiziere bereits verhaftet worden: General Guesdes, die Hauptleute Andrade und Limadias, die Leutnants Pimentel und Diniz. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Kruppen und die Mannschaften der Flotte sind in den Kasernen und auf den Schiffen zusammengezogen. Vier Bomben wurden am Eingang der Kaserne des 5. Regiments gefunden. Man glaubt, daß die Verhafteten nach ihrer Beurteilung nach den Kolonien gebracht werden. In ganz Portugal herrscht Ruhe.

Oporto, 27. April. Hier wurde eine Subskription eingeleitet, um dem König Manuel aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung ein Geschenk zu überreichen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 28. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm gestern mittag die Meldung des Oberstleutnants Marcard, Kommandeurs des 5. Badischen Feldartillerieregiments Nr. 76, bisher beim Stabe der Feldartillerieschießschule, entgegen.

Heute vormittag hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyh und des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch. Um 12 Uhr erteilte Seine königliche Hoheit einer Abordnung der Stadt Billingen, bestehend aus dem Bürgermeister Dr. Gugelmeier und dem Gemeinderat Fabrikdirektor Garnier, Audienz.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

** Wir sind in der Lage, nachstehend die wichtigsten Abschlußergebnisse der Eisenbahnbetriebsrechnung sowie der Rechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1912 bekannt zu geben. Zum Vergleich sind die entsprechenden Ziffern der Rechnungsabläufe für 1911 in Klammern beigelegt.

Es betragen in der Eisenbahnbetriebsrechnung (einschließlich der Eisenbahnabteilung des Finanzministeriums)

die Einnahmen	118 147 474 M.	(112 730 113 M.)
die Ausgaben	82 662 078 M.	(77 748 606 M.)
der Betriebsüberschuß sonach	35 485 396 M.	(34 981 507 M.)
und der Betriebskoeffizient	69,97 %	(68,97 %)

Zu dem Überschuß des Eisenbahnbetriebs kommt noch jener der Bodeneisendampfschiffahrtsverwaltung mit 12 123 M. (21 131 M.), sowie der Reinertrag der Main-Neckarbahn mit 808 463 M. (823 171 M.),

hinzu, so daß die Verkehrsanstalten zusammen den Betrag von 36 305 982 M. (35 825 809 M.), als Dotation an die Eisenbahnschuldentilgungskasse abgeliefert haben.

In diese Kasse ist ferner der Staatszuschuß (einschl. des Erlases für den Wegfall des früheren Anteils an den Überschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung von 1 500 000 M. (2 500 000 M.))

geschloßen, so daß sich eine Gesamtdotation der Kasse von 37 805 982 M. (38 325 809 M.) ergibt.

Demgegenüber betragen die Erfordernisse der Kasse für Zinsen (abzüglich Aktinzinsen) und sonstige Einnahmen für die planmäßige Heimzahlung 20 723 751 M. (20 188 372 M.), für Verwaltungs- 11 390 872 M. (10 739 929 M.),

aufwand 108 440 M. (109 574 M.),

zusammen also 32 223 063 M. (31 037 875 M.).

Der Überschuß der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse über deren Erfordernisse beträgt sonach 5 582 918 M. (7 287 934 M.),

und ohne den Staatszuschuß 4 082 918 M. (4 787 934 M.).

Jener Überschuß konnte zur Bestreitung von Bauausgaben und damit zur verstärkten Tilgung verwendet werden, so daß sich für die zu Anfang des Jahres vorhandene reine Eisenbahnschuld von rund 542,9 Mill. Mark (533,6 Mill. Mark) der Tilgungsatz auf rund 3,12 % (3,40 %) stellt.

Der von der Eisenbahnschuldentilgungskasse bestrittene Bauaufwand beträgt 30 028 842 M. (27 422 855 M.), die Schuldenvermehrung 13 231 595 M. (9 286 585 M.), so daß die Gesamtschuld, die Ende 1911 542 864 490 M. (1910: 533 577 905 M.), betrug sich Ende 1912 auf 556 096 086 M. (1911: 542 864 490 M.) erhöhte.

Das Anlagekapital der in Betrieb stehenden badischen Staatsbahnen betrug im Jahresdurchschnitt 868 569 724 Mark (838 968 917 M.), die Verzinsung dieses Anlagekapitals durch den Abschluß der Eisenbahnbetriebsrechnung also 4,09 Proz. (4,17 Proz.).

Auf Ende des Jahres belief sich das Anlagekapital auf 884 212 063 M. (853 490 857 M.), die Verzinsung der Schuld im Jahresdurchschnitt von 549 480 288 M. (538 221 202 M.), durch die Betriebsüberschüsse der Verkehrsanstalten betrug 6,61 Proz. (6,66 Proz.).

Im Jahre 1912 haben sich die Einnahmen des Eisenbahnbetriebs, wie aus vorstehenden Angaben sich ergibt, gegen 1911 um 5 417 361 M., die Ausgaben dagegen um 4 913 472 M., letztere also im Verhältnis stärker (um

6,32 Proz.) als die Einnahmen (4,81 Proz.) vermehrt, woraus die Verschlechterung des Betriebskoeffizienten um 1 Proz. entstanden ist. Von der Vermehrung der Einnahme entfallen 1 503 166 M. auf den Personenverkehr, 2 920 462 M. auf den Güterverkehr, der Rest auf die sonstigen Einnahmen. Bezüglich der Ausgaben haben sich bei der Eisenbahnabteilung des Ministeriums die persönlichen Ausgaben um 6 845 M. vermindert, die sachlichen Ausgaben (im wesentlichen infolge Übertragung der Staatsbeiträge für die Unterhaltung von privaten Dampfschiff- und Motorbetrieben auf dem Bodensee von der Rechnung der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung auf den Etat der Ministerialabteilung) um 14 020 M. erhöht. Bei der eigentlichen Eisenbahnbetriebsrechnung beträgt die Vermehrung der persönlichen Ausgaben (Titel I-IV der Betriebsrechnung) 1 603 628 M., die Vermehrung der Kosten für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für die Beschaffung der Betriebsmaterialien (Titel V) 933 928 M., der Kosten für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen (Titel VI) 562 470 M., der Kosten für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen (Titel VII) 2 406 325 M., der Kosten für Benützung fremder Bahnanlagen (Titel VIII) 62 928 M., während sich die Kosten für Benützung fremder Betriebsmittel (Titel IX) um 56 523 M. und die sonstigen Ausgaben (Titel X) um 606 459 M. vermindert haben.

Der Stand der Eisenbahnfinanzen war hiernach auch im vergangenen Jahr, trotzdem auch die Ausgaben eine wesentliche Steigerung erfahren haben, günstig.

Zu den Landtagswahlen.

B.C. Zimmendingen, 25. April. Eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei im 6. Landtagswahlkreis Donaueschingen-Engen, die hier stattfand, stellte den Bürgermeister und Landwirt German Kramer in Badheim als Landtagskandidaten auf. Der Bezirk ist bisher durch Landwirt Gilbert (Nat.) vertreten.

* Nr. XVIII des Gesetzes- und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Gesetz: die Abänderung des Wassergesetzes betreffend. — Bekanntmachung und Verordnungen: des Ministeriums des Innern: das Wassergesetz betreffend; den Vollzug des Wassergesetzes betreffend; die Abteilung der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus für Wasserkraft und Elektrizität betreffend.

* Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, erscheint auf 1. Mai 1913 ein neues alphabetisches Verzeichnis der zusammenstellbaren Fahrpläne. Für den Bereich der Bahnen des europäischen Kontinents (Spanien und Ausland ausgenommen), der englischen Nordostbahn und verbindender Schiffsunternehmungen der Nord- und Ostsee, des Atlantischen Ozeans und des Mitteländischen Meeres können Fahrpläne mit einer Mindestentfernung von 600 Kilometer für Rundreisen, sowie Hin- und Rückfahrten und außerdem für das Gebiet der deutschen, österreichischen, ungarischen, serbischen, bulgarischen, rumänischen, orientalischen, belgischen, luxemburgischen, niederländischen, dänischen, schwedischen und finnischen Bahnen und englischen Nordostbahn auch Fahrpläne für einfache Fahrt (Mindestentfernung 600 Kilometer) zusammengestellt werden. Das neue Fahrplänenverzeichnis von 1913 folgt mit überdies 70 Pf.; die Fahrplänenverzeichnis früherer Jahrgänge sind ungültig und können zur Beschaffung von zusammengestellten Fahrplänen nicht mehr benutzt werden.

B.C. Seibelsberg, 25. April. Aus Anlaß ihres Gründungstages hielt gestern die „Seibelsberger Akademie der Wissenschaften“ — Stiftung Heinrich Lanz — eine Festkündigung ab. Deren wohnten die Professoren der Universität, die Charaktere der studentischen Verbindungen, die Vertreter der auswärtiger hiesiger Hochschulen und die Spitzen der hiesigen Behörden an. Außerdem war Unterrichtsminister Dr. Böhm erschienen. Den Geschäftsbericht erstattete Geh. Rat Windelband. Seiner Darlegungen war zu entnehmen, daß die Akademie im abgelaufenen Jahre erhebliche Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen und Veröffentlichungen gewährt hat.

Aus der Residenz.

* Das neue Motorboot für die Personenbeförderung auf dem Rheinhafen wird demnächst in Dienst gestellt werden. Es wird in der Hauptstadt dem Ausflugsverkehr im Sommer dienen. Die Fahrten sollen zunächst nur bei gutem Wetter auf der Strecke Nordbuden-Vorhafen stattfinden und zwar Werktags nachmittags um 4 und 5 Uhr, Sonn- und Feiertags vormittags 10 und 11 und nachmittags 2, 3, 4, 5 und 6 Uhr. Die Fahrpreise betragen: Für eine einfache Fahrt (vom Nordbuden nach dem Hafenmund am Rhein oder umgekehrt) 20 Pf., für die Hin- und Rückfahrt 30 Pf., für Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

* Zur Fleischsteuerung. Nachdem die Einfuhr von Schlachtvieh aus Holland infolge der Zurückziehung der hierzu erteilten Genehmigung seit 1. April d. J. aufgehört und der Versuch, den entstandenen Ausfall durch die Einfuhr von Schlachtvieh aus Dänemark zu decken, zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, hat die Metzgerinnung den Stadtrat ersucht, sich im Hinblick auf den hohen Stand der Preise für inländisches Vieh mit einer Erhöhung der Verkaufspreise für Ochsen- und Rindfleisch um 2 Pf. für das Pfund einverstanden zu erklären. Der Stadtrat hält in Übereinstimmung mit der Schlachthofdirektion diesen Preisauflage nach Lage der Verhältnisse für begründet. Darnach wurden die Preise mit Wirkung vom 23. d. M. an wie folgt festgesetzt: Für Ochsenfleisch im allgemeinen für das Pfund auf 96 Pf., Wade, Hals, Stich, dünner Platz, Baden 92 Pf., Schopf 1.10 M., Mittelstück vom Schopf 1.20 M., Lamm mit Knochen 1.20 M.; für Rindfleisch im allgemeinen für das Pfund auf 94 Pf., Wade, Hals, Stich, dünner Platz, Baden 90 Pf., Schopf 1.10 M., Mittelstück vom Schopf 1.20 M., Lamm mit Knochen 1.20 M. Mit Wirkung vom gleichen Tage an tritt die bereits im Sitzungsbericht vom 17. d. M. bekanntgegebene Preisermäßigung des Schweinefleisches in Wirksamkeit.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Potsdam, 28. April. Der Kaiser traf heute vormittag 11 Uhr 10 Min. auf der Fürstenstation Wildpark ein und wurde von der Kaiserin, dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Viktoria Luise empfangen.

Berlin, 28. April. Die Budgetkommission des Reichstages begann heute die Beratung der Wehrvorlage. Der Kriegsminister setzte in einer Debatte über die Reihenfolge, in der die Vorlagen beraten werden sollten, die Gründe auseinander, welche — abgesehen von den dringenden militärpolitischen Gesichtspunkten eine möglichst baldige Entscheidung über die Wehrvorlagen notwendig machen. Diese Gründe seien: Rechtzeitige Beschaffung des Materialien für Festungsbauten, Vorbereitungen für Grunderwerb, Exerzierplätze, Schießstände usw. Der Kriegsminister betonte, gerade die rechtzeitige Bereitstellung der Unterkunft erfordere zahlreiche, zeitraubende Vorbereitungen, die rein wirtschaftlich schon für eine baldige Entscheidung sprächen. Die Forderungen für das Luftfahrwesen sollten eigentlich schon am 1. April 1913 in Kraft treten. Eine Verzögerung würde diese Waffe, deren Materialbeschaffung besonders schwierig sei, schwer verzögern. Von einer Beschlußfassung über die Behandlung der Vorlagen wurde abgesehen. — Hierauf erstattete der Referent den allgemeinen Bericht über die Vorlagen.

Berlin, 28. April. (Budgetkommission des Reichstages, Fortsetzung.) Der Korreferent wies auf die geringe Truppenzahl Deutschlands und Hercegovina hin gegenüber Frankreich und Rußland und auf die beschleunigte Mobilisierung Rußlands. In diesen Momenten liege die Notwendigkeit neuer Maßnahmen. Die Grenztruppen müßten schon in Friedenszeiten auf Kriegsstärke gebracht werden; es entstehe aber die Frage, ob wir genügend Soldatenmaterial zur Verfügung hätten. Im Jahre 1911 seien 42 000 taugliche Mannschaften nicht eingestellt worden, von denen im Laufe der Zeit 19 000 abgegangen seien; es blieben also noch 23 000 übrig. Nötig seien aber nach der Vorlage 40 000. Im Kriegsfall müßten also minderwertige Leute zum Militärdienst herangezogen werden. Ein Sozialdemokrat erklärte, auch seine Partei wolle nicht, daß die östlichen Grenzen dem Feinde überschwemmt würden, aber nach seiner Ansicht sei viel zu schwarz gemalt worden. Kriegsminister v. Seevinger erklärte, Deutschland sei gewillt, Frieden zu halten; dazu sei aber eine kräftige Wehrmacht erforderlich. Nach einigen vertraulichen Angaben fuhr der Minister fort: Abgesehen von den Mobilisierungsgründen spielen auch die Ziffern eine große Rolle; den Ausgang eines Krieges könne niemand voraussagen; auch die Ziffer hat da eine gewisse Grenze. Die Stärkung und Zusammenziehung unserer Reservegruppen sei ein anderweitiger wichtiger Gesichtspunkt. Dazu seien auch die Verstärkungen der Etats der Korps im Innern vorgesehen; von Neuaustellungen im Innern sei Abstand genommen worden, weil sie noch mehr Offiziere, viele weitere technische Truppenkolonnen usw. erforderten und noch mehr Kosten verursachen würden. Der vorgelegene Weg sei der beste, schnellste und auch billigste. Ausgeschlossen sei, daß wir in Deutschland zur Militärmee übergingen, wenn nicht alle Nachbarstaaten dies täten. Es sei ein Verbrechen, schlecht ausgebildete Leute ins Feld zu schicken. Zur Ausbildung gehöre aber schon rein technisch viel Zeit. In Frankreich seien die Sachverständigen schon lange darüber einig, daß die dreijährige Dienstzeit einmal bei der Ausbildung der Offiziere werden müsse. Die Kosten für die Ausbildung der Offiziere würden nicht den Erfolg versprechen, denn im Mobilisationsfälle seien solche Leute nicht bei den Feldtruppen, sondern zunächst bei den Ersatzformationen zu verwenden.

Darmstadt, 28. April. Prinz Heinrich der Niederlande kam im Automobil zum Besuch des Großherzoglichen Hofes heute mittag hier an. Königin Wilhelmina, deren Besuch ebenfalls angemeldet war, hatte kurz vorher wieder abfahren lassen, der Prinz reiste nach der Frühstückstafel wieder nach Hohemark zurück.

Saarbrücken, 28. April. Gestern fand in Badgassen eine Konferenz der Vertrauensmänner des christlichen Gewervereins statt, die in einer Resolution zur Lohnbewegung auf Grube Selsbach Stellung nahm. In der Resolution heißt es: Daß nach der stattgehabten Einigungsverhandlungen unter dem Vorbehalt eines königlichen Revisoren eine wesentliche Änderung der Lage eingetreten ist; die Verwaltung habe bezüglich der Gebinde der Arbeiter Zugeständnisse gemacht und bereits die niedrigen Gebinde erhöht, auch eine Erhöhung der Schichtlöhne versprochen. Die Verwaltung erklärte sich auch bereit, einen gemäßigteren Gewerkschaftsältesten wieder einzustellen und versprach keine Maßregelung mehr vorzunehmen. Infolge dieses Entgegenkommens der Verwaltung sei selbstverständlich an einen Streik nicht zu denken.

Mainz, 28. April. In einer von über 100 Delegierten aus den Rheingegenden Deutschlands, aus Preußen, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Baden, Württemberg und Sachsen besuchten nichtöffentlichen Versammlung in Mainz wurde gestern nachmittag die Gründung eines Verbandes Deutscher Weinbaugewerbetreibender beschlossen. Zum ersten Präsidenten wurde Reichsrat Franz Duhl-Deidesheim, zum zweiten Reichstagsabgeordneter Wankenhorn-Wülheim (Baden) und zum dritten Präsidenten Kommerzienrat Karl Wegeler-Koblenz gewählt. Es wurde beschlossen, am 7. September d. J. in Mainz einen deutschen Weinbaukongress einzuberufen zur Vorberatung sachlicher und wirtschaftlicher Fragen.

Wien, 28. April. Der Kaiser empfing den Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin, sowie die Kinder des erzherzoglichen Paares in einer Privataudienz, die ¼ Stunden dauerte.

Paris, 28. April. Das „Echo de Paris“ meldet, der König von Montenegro habe seinen Vertretern im Auslande mitgeteilt, daß Graf Pascha als Herrscher Albaniens auf die Unterstützung der Balkanstaaten rechne.

St. Petersburg, 28. April. Der Kaiser hat die von dem Reichsrat und der Reichsduma angenommene Gesetzesvorlage über das Rekrutenkontingent für 1913 bestätigt. Darnach werden im ganzen Reiche für Heer und Flotte 445 000 Mann ausgehoben.

Potsdam, 28. April. Der Rentner und früherer Hofschreibermeister Fröh Baehre in Potsdam beging gestern im Kreise seiner Kinder und Enkel seinen 100. Geburtstag. Unter den unzähligen Geschenken und Glückwünschen ist besonders eine Tafel des Kaisers und sein herzlichstes Glückwunschtelegramm bemerkenswert.

Der Kaiser bespazierie aus Karlsruhe: In sende Ihnen meinen königlichen Glückwunsch zu Ihrem 100. Geburtstag und freue mich, daß Gottes Gnade Ihnen verleiht hat, diese seltene Feier in allgemeiner Verehrung und Mühseligkeit zu begehen. Wilhelm I. R. — Die Kaiserin sandte eine Blumenkrone mit Rosen und im Auftrage des Kaisers einen Baumkuchen, der Kronprinz drei Flaschen alten Weines. Die Stadt Potsdam ließ ihrem ältesten Bürger ein Kaiserbildnis überreichen.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: V.: Wilhelm Mayer, Droger. — V.: Karl Bobie, Bahnarbeiter. — V.: Karl Ellg, Werkmeister. — V.: Adolf Maag, Beleuchtungsgehilfe. — V.: Karl Friedrich Gerst, Glaser. — V.: Emil Raier, Schlosser. — Ein Mädchen: V.: Leonhard Gerold, Messerschmied. — V.: Karl Kögel, Maschinenarbeiter. — V.: Karl Sebastian, Schmied. — V.: Joseph Schacubic, Eisenbahnassistent.

Eheschließungen. Adolf Köhler von Lichtenau, Damenschneider hier, mit Sophie Köhler von Lichtenau. — Wilhelm Wagner von Heilbronn, Tagelöhner hier, mit Brigitta Müller Witwe von Oberbaldingen. — Robert Scheib von hier, Tagelöhner hier, mit Frida Nagel von hier. — Friedrich Kemmlinger von hier, Monteur hier, mit Lina Gaffelder von Untergimpeln. — Ernst Wittenmeier von hier, Kaufmann hier, mit Elisabeth Janzi von Strahburg. — Felix Eid von Niedlingen, Schreiner hier, mit Verta Goll von Salach. — Hermann Kunz von hier, Blechler hier, mit Marie Speck von hier. — Franz Reichert von Ralsch, Fabrikarbeiter hier, mit Susanna Haas Witwe von Rainz. — Wilhelm Weber von Steinbach, Messerschmied hier, mit Emma Böser von Weiler. — Marie Ell von Stadelhofen, Bahnarbeiter hier, mit Katharina Ell von Densbach. — Jakob Schreiner von Schweigen, Weichenwärter in Eppelheim, mit Christine Weiß von Peterzell.

Todesfälle. Anna, V.: Martin Klingler, Hafenarbeiter. — Leopold Raier, Maurer, Witwe. — Wilhelm Ruhgna, Generalagent, ledig. — Erich, V.: Friedrich Möhrlein, Schlosser. — Wilhelm Keller, Privatier, Witwe. — Anton Fischer, Schneidermeister, Ehemann. — Marie, V.: Heinrich Kohn, Kutscher. — Josephine Stahl, Witwe. — Joseph Doll, Bremser, Ehemann.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 28. April 1913.

Deutschland befindet sich wie am Vortag auf der Vorderseite einer im Westen der britischen Inseln gelegenen Depression, die seit gestern aber abgenommen hat; das Tiefminimum über dem Süden ist noch vorhanden. Der hohe Druck hat noch zugenommen und hat sich auf den Nordosten Europas verlegt. Das Wetter ist in Deutschland heiter und sehr warm, nachdem gestern bei uns zahlreiche Gewitter niedergegangen sind. Die Unregelmäßigkeiten auf der Vorderseite der Depression werden wohl bestehen bleiben; es ist deshalb gewitterdrohendes und warmes Wetter zu erwarten.

Weiternachrichten aus dem Süden vom 28. April, früh:

Lugano heiter 12 Grad, Biarritz heiter 19 Grad, Perpignan bedeckt 13 Grad, Nizza heiter 15 Grad, Triest bedeckt 16 Grad, Florenz bedeckt 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
26. Nachts 9 ^u II.	744.8	13.4	9.5	83	NO	heiter
27. Morgs. 7 ^u II.	744.4	10.8	8.3	87	NO	bedeckt
27. Mittags 2 ^u II.	743.2	22.6	9.7	50	"	wolkenlos
27. Nachts 9 ^u II.	744.9	16.4	10.9	78	"	bedeckt
28. Morgs. 7 ^u II.	743.9	15.9	9.8	73	SW	heiter
28. Mittags 2 ^u II.	749.1	23.6	10.7	50	"	wolfig

Höchste Temperatur am 28. April: 18.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.8.

Niederschlagsmenge, gemessen am 27. April, 7^u früh: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 27. April: 23.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 13.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 28. April, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. April, früh: Schusterinsel 2.04 m, gefallen 10 cm; Rehl 3.04 m, gefallen 4 cm; Maxau 4.59 m, gestiegen 1 cm; Mannheim 3.90 m, stillstand.

Wasserstand des Rheins am 28. April, früh: Schusterinsel 2.06 m, gestiegen 2 cm; Rehl 2.97 m, gefallen 7 cm; Maxau 4.50 m, gefallen 9 cm; Mannheim 3.86 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

G. SCHMIDT-STAUB
Hof-Juwelier & Hof-Uhrmacher
KARLSRUHE
157 Kaiserstrasse gegenüber der Hauptpost
Allrenommiertes Haus

Cognac
DEUTSCHER COGNAC
aus französischen Weinen
Hervorragendes Erzeugnis der Cognacbrennerei:
LANDAUER & MACHOLL,
HEILBRONN.
Nur echt mit der Hammer-Schutzmarke. Überall erhältlich.

